



Den Sozialstaat zukunftsfest machen!

WIE SOZIAL BLEIBT ...

... Deutschland?
... Frankfurt?

INTERVIEW MIT TOBIAS LAUER

Unser neues Vorstandsmitglied
im Kreisverband

791 SCHULRANZEN

Für einen gelungenen
Schulstart

LIEBE LESERINNEN UND LESER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE DER AWO,

wenn über den Sozialstaat diskutiert wird, geht es häufig um Milliardenbeträge, Haushaltslücken und Reformvorschläge. Dabei gerät leicht aus dem Blick, worum es eigentlich geht: um Menschen. Um Kinder und Jugendliche, die faire Chancen brauchen. Um Familien in schwierigen Lebenslagen. Um ältere Menschen, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderungen, alle die auf einen verlässlichen Sozialstaat angewiesen sind.

Deshalb haben wir diese Ausgabe unter das Leitmotiv „Sozialabbau stoppen!“ gestellt. Die Arbeiterwohlfahrt möchte sich aktiv in die Debatte über die Zukunft des Sozialstaates einbringen. Unser Ziel ist es nicht, notwendige Reformen zu verhindern, sondern dazu beizutragen, den Sozialstaat zukunfts- fest zu machen. Reformen müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, wirksam sein und dürfen nicht zulasten derjenigen gehen, die sich am wenigsten wehren können.

Mit dieser Ausgabe möchten wir einen Beitrag zu dieser Diskussion leisten. Unser Leitartikel fragt, woran sich gute Sozialreformen messen lassen müssen und welche politischen Prioritäten jetzt gefragt sind. Im Gespräch mit der Armutsforscherin Dr. Irina Volf beleuchten wir die aktuelle soziale Lage und die Herausforderungen für Politik und Gesellschaft.

Hans-Georg Weigel setzt sich kritisch mit den geplanten Änderungen im Kinder- und Jugendhilfe- recht auseinander und zeigt, welche Folgen diese für Kinder, Jugendliche und Familien haben können. Ergänzt werden diese Beiträge durch Beispiele aus Frankfurt und aus der täglichen Arbeit der AWO. Sie machen deutlich, wie unmittelbar sich politische Entscheidungen auf das Leben der Menschen auswirken.

Die Herausforderungen sind groß – aber sie lassen sich gestalten. Dafür braucht es den richtigen Kom- pass: den Blick auf die Schwächsten in unserer Ge- sellschaft, den Mut, Verantwortung dort einzufo- dern, wo sie hingehört, und den Willen, öffentliche Mittel so einzusetzen, dass sie ihre größtmögliche soziale Wirkung entfalten. Diesen Maßstab legen wir an die aktuellen Reformvorhaben an.

Neben unserem Schwerpunktthema stellen wir Ihnen auch Menschen vor, die unsere AWO prägen. In einem ausführlichen Interview lernen Sie unseren neuen Vorstand Tobias Lauer kennen. Er berichtet über seinen Weg zur AWO, seine Vorstellungen für die Weiterentwicklung unseres Verbandes und die Herausforderungen der kommenden Jahre.

Besonders am Herzen liegt uns die Würdigung von Barbara Schwarz. Kurz nach der Verleihung des Ehrenbriefes des Landes Hessen ist sie leider plötz- lich verstorben. Mit ihr verliert die AWO eine Per- sönlichkeit, die unseren Verband über Jahrzehnte geprägt hat. Als Initiatorin unseres Schulranzen- projekts hat sie unzähligen Kindern einen guten Start ins Schulleben ermöglicht. Mit einem Nachruf erinnern wir an ihr außergewöhnliches Engagement und an das bleibende Vermächtnis, das sie unserer AWO hinterlassen hat.

Wir laden Sie herzlich ein, diese Ausgabe zu lesen und mit uns ins Gespräch zu kommen. Gerade weil wir das Schwerpunktthema aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten, freuen wir uns auf Ihre Anregungen, Ihre Erfahrungen und auch auf Ihre Kritik. Denn gute Sozialpolitik lebt vom Dialog – und die AWO versteht sich als Teil dieses Dialogs.

*Petra Rossbrey,
Vorsitzende des Präsidiums*

INHALT

- 02 Editorial**
- 03 Wie sozial bleibt Deutschland?**
- 04 Wie sozial bleibt Frankfurt?**
- 05 Kita als Schlüssel zu Chancengerechtigkeit**
- 06 Aufgeschobene Inklusion**
Verbände laufen Sturm gegen Jugendhilfe-Reform“
- 07 Ein JUZ, das Leben verändert hat**
30 Jahre Jugendtreff Hausen
- 08 Interview mit Tobias Lauer**
- 10 791 Schulranzen für einen gelungenen Schulstart**
- 11 Die AWO gedenkt Barbara Schwarz**
- 12 AWO ehrt Frauenpower**
Einzigartige Gedenkplatte vereint Gründerin und ihre Biografin

IMPRESSUM

Herausgeber
Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Frankfurt am Main e. V.
Henschelstraße 11
60314 Frankfurt am Main
T 069 29 89 01-0
F 069 29 89 01-10
E info@awo-frankfurt.de
I www.awo-frankfurt.de

Vertreten durch den Vorstand
Axel Dornis (Vorsitzender)
Dietmar Meng

Vereinsregister
Amtsgericht Frankfurt, VR 4186

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)
Gestaltung, Vollständigkeit, Inhalt: Mario Lubrich
Inhalt: Herbert Stelz
Henschelstraße 11, 60314 Frankfurt am Main

Redaktion
Herbert Stelz, Hans-Georg Weigel, Mario Lubrich,
Lisa Schmidt, Christoph Hoffmeier, Martina Scheer,
Helin Taskin

Bildnachweise
siehe Bildunterschriften

Gestaltung
www.himmelbraun.de

Druck
mt druck
Werner-Heisenberg-Straße 2
63263 Neu-Isenburg

Erscheinungsweise
Die AWO-Zeitung erscheint vierteljährlich und ist ein kostenfreier Informationsservice der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e. V.

Haftungsausschluss
Nachdruck oder Veröffentlichung ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet. Einsender von Briefen und Manuskripten erklären sich mit der redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Einzelne Beiträge müsse nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wiedergeben. Der Herausgeber haftet nicht für unverlangte Einsendungen.

© AWO Frankfurt 2026

WIE SOZIAL BLEIBT DEUTSCHLAND?

🗨️ Petra Rossbrey, Vorsitzende des Präsidiums

Deutschland diskutiert über die Zukunft als Sozialstaat. Angesichts knapper öffentlicher Haushalte werden Reformen und Einsparungen gefordert. Diese Debatte braucht einen klaren Kompass. Die Arbeiterwohlfahrt mischt sich deshalb aktiv in diese Diskussion ein.

Unser Ziel ist es, den Sozialstaat zukunftsfest zu machen. Für uns steht fest: Ein Sozialstaat zeigt seine Stärke nicht in Zeiten des Wohlstands, sondern dann, wenn schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen. Gerade dann darf nicht zulasten derjenigen gespart werden, die auf Unterstützung angewiesen sind und ihre Interessen selbst kaum vertreten können.

Reformen sind notwendig. Aber sie müssen sich daran messen lassen, ob sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken oder schwächen. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob der Sozialstaat verändert werden muss, sondern wie. Wer ausschließlich auf Einsparungen blickt, greift zu kurz. Sozialpolitik ist kein Kostenfaktor, sondern eine Investition in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Besonders kurzsichtig wäre es, dort zu kürzen, wo Unterstützung ihre größte Wirkung entfaltet: in der Kinder- und Jugendhilfe, bei Beratungsangeboten, in der Quartiersarbeit, bei den Freiwilligendiensten oder in der Unterstützung von Familien. Hier entscheidet sich, ob Benachteiligung überwunden oder verfestigt wird.

KEINE SCHWÄCHUNG DER SOZIALEN INFRASTRUKTUR

Jeder Euro, der frühzeitig in Prävention und Teilhabe investiert wird, verhindert häufig ein Vielfaches an späteren sozialen und finanziellen Folgekosten. Wer diese Infrastruktur schwächt, spart nicht nachhaltig – er verschiebt Probleme in die Zukunft. Welche Auswirkungen dies auf die geplanten Änderungen im Kinder- und Jugendhilferecht hätte, beschreibt Hans-Georg Weigel in seinem Beitrag in dieser Ausgabe.

Gute Sozialpolitik bedeutet allerdings nicht, jede bestehende Regelung unverändert fortzuführen. Reformen können sinnvoll sein, wenn sie gerechter und wirksamer werden.

Ein Beispiel ist der Unterhaltsvorschuss. Der Staat übernimmt zu Recht Verantwortung, wenn unterhaltspflichtige Eltern ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Statt jedoch Leistungen infrage zu stellen, sollte er seine Möglichkeiten konsequenter nutzen, bestehende Rückgriffsansprüche gegenüber den tatsächlich Verpflichteten durchzusetzen. Der Staat verfügt hierfür über weit bessere Instrumente als alleinerziehende Eltern.

Sozialreformen müssen dort ansetzen, wo Verantwortung eingefordert werden kann – nicht dort, wo Menschen auf Unterstützung angewiesen sind.

Dasselbe Prinzip gilt für die Pflege. Eine älter werdende Gesellschaft braucht starke ambulante Angebote, damit Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Reformen müssen deshalb die Versorgung verbessern und die Rolle der ambulanten Pflegedienste stärken. Wer ausgerechnet hier Unsicherheit schafft oder bewährte Strukturen schwächt, gefährdet nicht nur die Qualität der Versorgung, sondern verschärft auch den Fachkräftemangel. Gute Sozialpolitik spart nicht an den Menschen, sondern verbessert die Wirksamkeit ihrer Unterstützung.

FINANZIERUNG DES GEMEINWESENS IN SCHIEFLAGE

Zu einer ehrlichen Reformdebatte gehört aber auch die Finanzierungsfrage. Deutschland weist seit Jahren eine der ungleichsten Vermögensverteilungen Europas auf. Während über Einsparungen bei sozialen Leistungen intensiv diskutiert wird, fehlt häufig der politische Wille, die stärksten Schultern stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen. Diese Schieflage ist eine Gerechtigkeitsfrage. Ein leistungsfähiger Sozialstaat braucht nicht nur eine verantwortungsvolle Ausgabenpolitik, sondern auch eine faire Verteilung der Lasten.

Deshalb gehen die bisherigen Vorschläge der Bundesregierung in weiten Teilen in die falsche Richtung. Sie lassen den notwendigen Ehrgeiz und die politische Fantasie vermissen, Sozialreformen konsequent an ihrer Wirkung auszurichten. Wer Reformen ernst meint, darf nicht den einfachsten Weg wählen und bei den Schwächsten sparen. Er muss soziale Leistungen wirksamer gestalten, staatliche Ansprüche konsequenter durchsetzen und die Finanzierung gerechter organisieren.

Es gibt deshalb klare Erwartungen an die Gestaltung des Reformprozesses:

- Keine Sozialreform darf zulasten der Schwächsten gehen.
- Investitionen in Kinder, Familien, Seniorinnen und Senioren sowie in die soziale Infrastruktur müssen Vorrang vor kurzfristigen Einsparungen haben.
- Staatliche Ansprüche – etwa beim Unterhaltsvorschuss – sind konsequent gegenüber den tatsächlich Verpflichteten durchzusetzen.
- Ambulante Pflege muss als tragende Säule einer alternden Gesellschaft gestärkt werden.
- Eine gerechtere Beteiligung großer Vermögen an der Finanzierung des Gemeinwesens gehört untrennbar zu einem nachhaltigen Reformpaket.

Wie sozial Deutschland bleibt, entscheidet sich nicht an der Höhe einzelner Einsparungen. Es entscheidet sich daran, ob Politik auch in schwierigen Zeiten den Mut hat, Gerechtigkeit, Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Richtschnur ihres Handelns zu machen.

WIE SOZIAL BLEIBT FRANKFURT?

✉ Petra Rossbrey, Vorsitzende des Präsidiums

„Frankfurt bleibt sozial“ – so lautet die zentrale Botschaft des Koalitionsvertrags der neuen Römer-Koalition für die Jahre 2026 bis 2031. Das ist ein wichtiges Versprechen. Doch Versprechen allein verändern noch keine Lebenswirklichkeit. Entscheidend ist, ob sie sich in konkreten Maßnahmen niederschlagen – und genau daran bestehen Zweifel.

Frankfurt ist eine wohlhabende Stadt und investiert erhebliche Mittel in den sozialen Bereich. Gleichzeitig zeigt sich seit Jahren ein widersprüchliches Bild: Zahlreiche Angebote bestehen nebeneinander, häufig ohne ausreichende Abstimmung. Vor allem fehlt eine konsequente Ausrichtung auf die Stadtteile und Menschen, die die Unterstützung am dringendsten benötigen.

Der Sozialatlas der Stadt dokumentiert diese Ungleichheit eindrucksvoll. Er macht sichtbar, wo Kinder schlechtere Bildungschancen haben, Familien unter schwierigen Bedingungen leben und soziale Infrastruktur fehlt. Die eigentliche Frage lautet deshalb nicht, ob Frankfurt sozial bleiben will, sondern wie dieses Ziel erreicht werden soll.

ABSICHTSERKLÄRUNGEN OHNE MESSBARE ZIELE

Der Koalitionsvertrag enthält viele richtige Absichten. Bildung und Betreuung sollen gestärkt, Familien unterstützt, Einsamkeit bekämpft und die soziale Infrastruktur ausgebaut werden. Doch bei genauerem Hinsehen fällt auf: Die meisten Formulierungen bleiben unverbindlich. Begriffe wie „stärken“, „fördern“ oder „ausbauen“ finden sich häufig – messbare Ziele dagegen kaum.

Das ist mehr als ein sprachliches Problem. Politik braucht überprüfbare Ziele. Nur wenn klar definiert wird, was bis wann erreicht werden soll, lässt sich am Ende bewerten, ob die Versprechen eingehalten wurden. Ohne konkrete Zielgrößen droht Sozialpolitik zur Sammlung guter Absichten zu werden.

Dabei liegen die Herausforderungen offen zutage. In mehreren Stadtteilen fehlen ausreichend Kitaplätze, Jugendangebote, Beratungsstellen und gut ausgestattete Schulen. Gerade dort entscheidet sich, ob Kinder faire Startchancen

erhalten und soziale Benachteiligung überwunden werden kann. Deshalb reicht es nicht aus, zusätzliche Mittel bereitzustellen. Entscheidend ist, dass sie dort ankommen, wo der Bedarf am größten ist.

Die AWO hat bereits darauf hingewiesen: Frankfurt braucht keine immer neuen Programme, sondern eine konsequente Steuerung seiner sozialen Infrastruktur. Angebote müssen besser miteinander verzahnt und Ressourcen gezielt eingesetzt werden. Nur so kann aus hohen Ausgaben auch eine höhere soziale Wirkung entstehen.

Dazu gehört auch ein starkes Quartiersmanagement. Gerade in benachteiligten Stadtteilen kann es Einrichtungen, Schulen, Beratungsstellen und Vereine miteinander vernetzen und dafür sorgen, dass Hilfen die Menschen tatsächlich erreichen. Entscheidend ist jedoch, dass der angekündigte Ausbau nicht bei einer Absichtserklärung bleibt, sondern mit klaren Zielen, Prioritäten und ausreichenden personellen Ressourcen hinterlegt wird.

Deshalb erwarten wir von der neuen Stadtregierung für die kommenden fünf Jahre klare Schritte:

- Eine verbindliche Priorisierung der im Sozialatlas ausgewiesenen benachteiligten Stadtteile,
- messbare Ausbauziele für Kitas, Schulen, Jugend- und Beratungsangebote,
- eine deutlich bessere personelle Ausstattung der sozialen Einrichtungen,
- niedrigschwellige Hilfen, die Menschen tatsächlich erreichen sowie
- ein regelmäßiges öffentliches Monitoring, das Fortschritte transparent macht.

Frankfurt braucht nicht mehr wohlklingende Ankündigungen. Frankfurt braucht überprüfbare soziale Politik. Nur wenn Ziele messbar sind und Fortschritte sichtbar werden, kann das Versprechen „Frankfurt bleibt sozial“ glaubwürdig eingelöst werden.



WIR MACHEN UNS STARK FÜR UNSEREN SOZIALSTAAT – SEI DABEI!

Am Samstag, 26. September 2026 veranstalten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften einen bundesweiten dezentralen Aktionstag. Die zentrale hessische Kundgebung mit Demonstration findet in Frankfurt am Main statt.

Start ist um 11:00 Uhr am Willy-Brandt-Platz.

Wir rufen alle Mitglieder und Freund*innen der AWO Frankfurt zur Teilnahme auf.



→ Weitere Informationen zum Aktionstag: hessen.verdi.de



→ Zum Aufruf des DGB

KITA ALS SCHLÜSSEL ZU CHANCENGERECHTIGKEIT

🗨️ Das Interview mit Dr. Irina Volf führte: Hans-Georg Weigel, Beisitzer im AWO-Präsidium

Ob Kinder von Anfang an gute Bildungs- und Teilhabechancen erhalten, entscheidet sich oft schon vor der Einschulung. Warum der Zugang zu einer Kita deshalb auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit ist und wie armutssensibles Handeln in der Praxis gelingen kann, erläutert Dr. Irina Volf, Leiterin des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) in Frankfurt, im Interview für die AWO Zeitung.

Was macht Kita-Betreuung aus Ihrer Sicht zu einem wichtigen armutspolitischen Thema?

Bereits seit 1997, also seit der ersten Phase der AWO-ISS-Langzeitstudie zur Kinderarmut, wissen wir, dass familiäre Einkommensarmut ein hohes Risiko für die altersgemäße Entwicklung von Kindern im Vorschulalter darstellt. In den weiteren Studienphasen konnten wir bestätigen, dass die Studienteilnehmenden mit Armutserfahrungen im Alter von 25 Jahren im Durchschnitt niedrigere Bildungsabschlüsse erreichten und entsprechend schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten.

Unsere Kita-Studie in Gelsenkirchen aus dem Jahr 2021 zeigte zudem, dass Kinder aus einkommensarmen Familien später Zugang zu institutioneller früher Bildung erhalten und insgesamt weniger Zeit in der Kita verbringen – mit weitreichenden Folgen für ihre Bildung, Entwicklung und soziale Teilhabe.

Nun liegen uns auch Erkenntnisse zur Betreuungskluft aus einer repräsentativen Studie vor: Kinder aus armutsbetroffenen Familien im Alter von ein bis zwei Jahren besuchen deutlich seltener eine Kita (17 Prozent) als Kinder aus finanziell besser gestellten Familien (43 Prozent). Mit steigendem Alter wird der Abstand kleiner, bleibt aber bestehen: mit drei Jahren 77 Prozent gegenüber 99 Prozent, im letzten Kitajahr 93 Prozent gegenüber 98 Prozent.¹

Welche Folgen hat es für Kinder und Familien, wenn ein gewünschter Kita-Platz nicht zustande kommt?

Fehlt ein gewünschter Kita-Platz, kann das Familien erheblich belasten – bis hin zur Existenznot. Besonders Ein-Eltern-Familien sind auf verlässliche Betreuung angewiesen, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen, Arbeitszeiten planen und berufliche Verantwortung übernehmen zu können.

Für Kinder fehlen damit zugleich wichtige frühe Erfahrungsräume. In den ersten Lebensjahren werden entscheidende Weichen für den weiteren Bildungsweg gestellt: Kinder brauchen vielfältige, anregende Entwicklungsmöglichkeiten mit Gleichaltrigen und erste Erfahrungen mit Institutionen.



© DieProffotografen

In der Kita lernen sie unter anderem, Teil einer Gruppe zu sein, Regeln kennenzulernen, sich an Abläufen zu orientieren, Materialien zu nutzen und Aufgaben in einem institutionellen Rahmen zu bearbeiten. Diese Selbstverständlichkeit im Umgang mit institutionellen Strukturen setzt die Schule später oft stillschweigend voraus. Fehlen einem Kind diese Erfahrungen, kann es zu Überforderung bei der Einschulung und im weiteren Bildungsverlauf kommen.

Welche Rolle spielen Kosten und bürokratische Hürden beim Zugang zur Kita?

Hohe Elternbeiträge können vor allem im Krippenbereich zu einer unüberwindbaren Barriere werden, wenn sie die finanziellen Möglichkeiten der Familie übersteigen. Auch im Kindergartenbereich können verdeckte Kosten für Materialien, Ausflüge oder besondere Angebote Familien abschrecken.

Zur Person:

Dr. Irina Volf ist Armutsforscherin, Politikwissenschaftlerin, promovierte Psychologin und Direktorin des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. in Frankfurt am Main.
Kontakt: Irina.volf@iss-ffm.de

Intransparente Anmeldeverfahren und Vergabekriterien, Standort, Öffnungszeiten und pädagogisches Konzept sind weitere wichtige Einflussfaktoren, ob Familien einen Kita-Platz tatsächlich nutzen können.

Hinzu kommen diskriminierende, klassistische oder rassistische Erfahrungen, die das Vertrauen in Institutionen schwächen. Für Familien mit wenig Einkommen und/oder Sprachbarrieren kommen viele Herausforderungen zusammen und münden allzu häufig in Bildungsbenachteiligung bei den Kindern.

¹ Quelle: Huebener, Mathias; Schmitz, Sophia; Spieß, Katharina; Binger, Lina (2023): Frühe Ungleichheiten. Zugang zu Kindertagesbetreuung aus bildungs- und gleichstellungspolitischer Perspektive. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Fortsetzung von Seite 5

Was bedeutet das aus Ihrer Sicht für die AWO als Träger mit sozialem Auftrag?

Es gehört zur DNA der AWO, sich für sozial benachteiligte Menschen einzusetzen und strukturelle Barrieren in der Gesellschaft – und insbesondere in den eigenen Einrichtungen – abzubauen.

Daraus ergibt sich ein konkreter Auftrag: Die AWO als Träger soll prüfen, welche Hürden Familien beim Zugang zu Kitas erleben, wie diese Hürden in den eigenen Einrichtungen wirksam reduziert werden können und wie Kitas als Orte erster Bildungserfahrungen und sozialer Teilhabe gestärkt werden können.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Praxis in den Kitas der AWO?

Im Auftrag des AWO-Bundesverbands entwickelten wir im Jahr 2023 eine Fortbildung für Fachkräfte in Kitas, Schulen und außerschulischen Einrichtungen zum Thema „armutssensibles Handeln in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen“.

Diese setzt an Erkenntnissen aus unseren Studien an und unterstützt Fachkräfte dabei, Armut als eine prägende Lebensbedingung professionell zu verstehen, eigene Wahrnehmungs- und Handlungsmuster zu reflektieren und armutssensible Entscheidungen im jeweiligen Arbeitskontext zu treffen.

Im Mittelpunkt steht Armutssensibilität als eigenständige fachliche Kompetenz. Sie wird nicht als zusätzliche Aufgabe verstanden, sondern als Bestandteil professionellen Handelns und zugleich als Qualitätsmerkmal auf struktureller Ebene.

Armutssensibles Handeln bedeutet, Armutsrisiken und Armutsfolgen wahrzunehmen, ohne Kinder, Jugendliche oder Familien zu stigmatisieren; vorhandene Ressourcen zu erkennen; Barrieren abzubauen; Zugänge zu erleichtern und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten unterstützende, diskriminierungssensible und teilhabeorientierte Entscheidungen zu treffen.

Fachkräfte erhalten eine Möglichkeit, ihre Erfahrungen aus ihrer Praxis einzubringen, konkrete Herausforderungen zu besprechen und Ansatzpunkte für armutssensibles Handeln in ihrer Kita zu entwickeln. Dadurch entsteht ein Lernraum, in dem Wissen vertieft, Haltung reflektiert und Handlungsfähigkeit gestärkt wird.



Hier geht es zur Broschüre „Lebenslagenansatz in Kindertageseinrichtungen – Impulse zur praktischen Anwendung“ des ISS (Hrsg.)

AUFGESCHOBENE INKLUSION

VERBÄNDE LAUFEN STURM GEGEN JUGENDHILFE-REFORM

 Hans-Georg Weigel, Beisitzer im Präsidium

Der im März 2026 vorgelegte Referentenentwurf zum Ersten Gesetz zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe (1. KJHSRG) soll Hilfen für junge Menschen endlich aus einer Hand bringen. Wohlfahrtsverbände und Fachorganisationen sehen darin jedoch vor allem ein gebrochenes Versprechen. Sie werfen dem Ministerium vor, verfassungswidrig sowie auf Basis unrealistischer Zahlen zu planen.

Im Zentrum der Kritik steht die erneute Verschiebung der bereits 2021 zugesagten Gesamtzuständigkeit für alle jungen Menschen mit und ohne Behinderung. Das bisherige Nebeneinander von Jugend- und Eingliederungshilfe bleibt bestehen. Aus Verbandssicht verstößt das gegen das gesetzliche Verschlechterungsverbot aus § 108 Abs. 2 SGB VIII. Hinzu kommt handwerkliche Unschärfe: Der zentrale Begriff der „infrastrukturellen Angebote“, auf dem die gesamte Neuordnung aufbaut, ist im Entwurf nicht sauber definiert.

Besonders scharf kritisieren die Verbände die geplanten Vorrangregeln für gepoolte Angebote (standardisierte Hilfsangebote). Wer künftig eine Einzelhilfe beanspruchen will, muss nachweisen, dass nur diese den Bedarf deckt. Juristen halten diesen Nachweis für kaum führbar. Familien würde damit faktisch der Weg zur Einzelfallhilfe versperrt.

ZWEIFEL AN VERFASSUNGSMÄSSIGKEIT

Die Rechtswissenschaftler Fink und Bitter halten die Konstruktion in einer aktuellen Analyse (NZFam 2026, 705) für verfassungswidrig: Sie verletze das Recht auf schulische Bildung sowie das Benachteiligungsverbot aus Artikel 3 Grundgesetz. Auch das Argument der Kosteneinsparung trage nicht, da die UN-Behindertenrechtskonvention für Inklusion einen Progressionsvorbehalt vorsehe – keinen Ressourcenvorbehalt.

Zweifel gibt es auch an der Wirtschaftlichkeit der Reform. Die vom Ministerium veranschlagten Einsparungen von 2,4 Milliarden Euro jährlich ab 2036 beruhen laut Verbänden auf nicht belegten Fallzahlen und einer unrealistischen Wachstumsannahme von 13 Prozent pro Jahr.

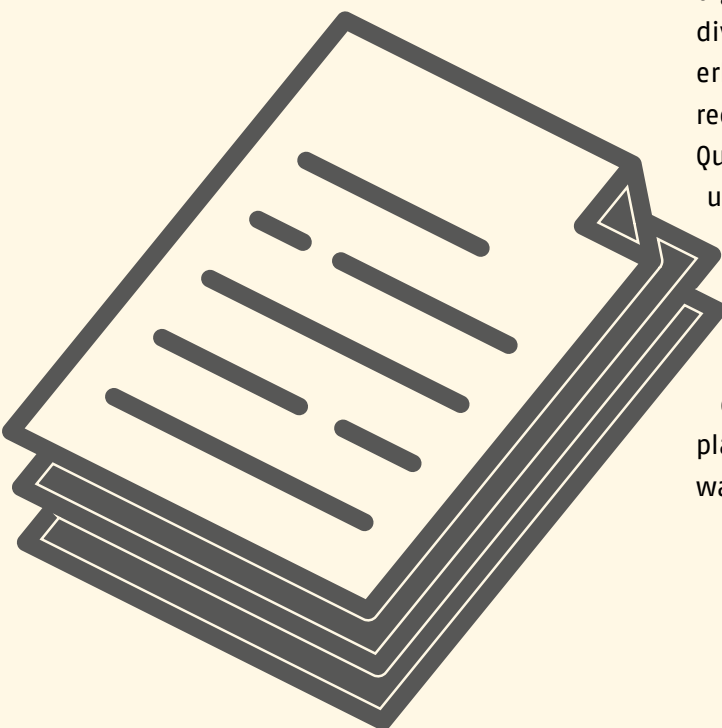
Zu Ende gerechnet, setzt die Prognose mehr junge Menschen in der Eingliederungshilfe voraus, als es 2036 überhaupt Kinder in der Eingliederungshilfe geben wird. Zusätzliche Personal- und Investitionskosten von bis zu 138,7 Millionen Euro fehlen in der Rechnung komplett. Ein Blick nach England, wo ähnliche Leistungskürzungen die Klagezahlen verachtacht haben, nährt zusätzlich Zweifel an der erhofften Entlastung.

STÄRKERE BELASTUNG FÜR FACHKRÄFTE ERWARTET

Auch für die Fachkräfte drohe die Reform zur Belastung zu werden: mehr Fallsteuerung, mehr Dokumentation, mehr Koordination, mehr rechtliche Anforderungen – ohne verbindliche Zusagen zu Personal, Zeit, Einarbeitung oder Supervision. Zudem soll Personal künftig stärker funktionsbezogen eingesetzt werden, was Zuständigkeiten schärfen, aber auch zu Zergliederung und steigendem Qualifikationsdruck führen kann.

Die Verbände fordern deshalb: die Gesamtzuständigkeit ohne weiteren Aufschub umzusetzen, individuelle Rechtsansprüche auf Einzelfallhilfe zu erhalten, den Begriff der Infrastrukturangebote rechtssicher zu fassen, ausreichende Personal- und Qualifizierungsressourcen gesetzlich abzusichern und die Finanzierung transparent und realistisch zu berechnen.

Ihr Fazit: Eine inklusive Reform gelingt nicht durch Einsparlogik, sondern nur mit verlässlichen Bedingungen und einem verbindlichen Zeitplan – sonst bleibt Inklusion, was sie schon zu oft war: aufgeschoben.



EIN JUZ, DAS LEBEN VERÄNDERT HAT

30 JAHRE JUGENDTREFF HAUSEN

✍ Martina Scheer und Mario Lubrich, Redaktion AWO Zeitung 📷 © Mario Lubrich / AWO Frankfurt

Die Hausener Jugendarbeit der AWO Frankfurt feierte am 20. Juni 2026 ihr 30-jähriges Bestehen. Unter dem Motto „Von der Bretterbude zur festen Institution“ kamen ehemalige Besucher*innen, aktuelle Jugendliche und viele weitere Gäste zusammen, um gemeinsam auf die Entwicklung des Jugendtreffs zurückzublicken – und nach vorne zu schauen.

Alles begann im April 1996 in der Ludwig-Landmann-Straße 338 – mit viel Engagement, aber wenig Ausstattung. Die erste Unterkunft, die gemeinsam mit Jugendlichen aufgebaut wurde, war vielen als „Baracke am Brentanopark“ bekannt. Die Jahre dort waren lebendig, manchmal chaotisch und voller Einsatz. Doch die stark genutzte Holzhütte ohne fließendes Wasser und feste Toiletten kam irgendwann an ihre Grenzen. Nach einer mehrmonatigen Schließung im Jahr 2002 wurde das Provisorium schließlich 2010 durch den heutigen Neubau ersetzt.

Seitdem ist das JUZ aus Hausen nicht mehr wegzudenken. Für viele Jugendliche aus dem Stadtteil und der Umgebung ist es ein zweites Zuhause geworden – ein Ort, an dem sie Freundschaften schließen, ihre Freizeit verbringen und Unterstützung finden. Hier wird gemeinsam Sport gemacht, gekocht, gelernt oder einfach Zeit miteinander verbracht. Wer Hilfe bei schulischen oder persönlichen Problemen braucht, findet außerdem unkompliziert Beratung und ein offenes Ohr.

„Was sich durch alle Phasen des Jugendtreffs gezogen hat, ist, dass wir den Jugendlichen einen verlässlichen Ort in unmittelbarer Nähe zu ihrem Zuhause bieten wollen“, sagt Sozialarbeiter Tom Fella, einer der beiden Einrichtungsleiter.

Die Gründe, warum Jugendliche ins JUZ kommen, sind ganz unterschiedlich. Manche brauchen einen Ausgleich zu beengten Wohnverhältnissen, andere wollen einfach ihre Freundinnen und Freunde treffen oder die Freizeitangebote nutzen. Was alle verbindet: Sie suchen einen Ort, der ihnen gehört – unabhängig von Familie, Schule oder Verein. Genau diese Mischung aus Freizeit, Gemeinschaft und vertrauensvoller Begleitung macht die offene Jugendarbeit so wichtig.

JUGENDARBEIT VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

Neben dem Feiern wurde beim Jubiläum deutlich, dass die offene Jugendarbeit in Frankfurt vor großen Herausforderungen steht. Fachkräftemangel und eine chronisch angespannte Finanzierung setzen viele Einrichtungen unter Druck. Während kleinere Träger bereits Angebote einstellen mussten, kämpfen inzwischen auch größere Organisationen mit erheblichen finanziellen Belastungen.

„Die Stadt Frankfurt kennt die Notlage der Jugendarbeit und bemüht sich um Abhilfe“, sagt Axel Dornis, Vorstandsvorsitzender der AWO Frankfurt. Die geplante Dynamisierung der Finanzie-



Beachvolleyball auf dem großen Außengelände des JUZ Hausen. Auch ein Fußballplatz mit richtigen Toren und Hängematten sorgen für Bewegung und Begegnung.

rung sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, reiche aber bei Weitem nicht aus: „Die drei Prozent decken weder die Tarifierhöhungen noch die Inflationsrate. Um langfristig gute pädagogische Arbeit leisten zu können, braucht es deutlich mehr.“

Auch aktuelle bildungspolitische Entwicklungen bereiten Sorgen. Die geplante Kürzung von 10.000 Lehrerstunden in Hessen bei gleichzeitigem Ausbau der Ganztagsbetreuung werfe Fragen zur Zukunft außerschulischer Bildungs- und Freizeitangebote auf. Bernhard Frenzel, Leiter der Abteilung Jugend der AWO Frankfurt, erklärt: „Inwieweit die offene Jugendarbeit Teil dieser Konzepte werden kann, ohne ihre Standards und Grundprinzipien aufgeben zu müssen, wird sich zeigen müssen.“

Das Jubiläum in Hausen war deshalb mehr als nur ein Rückblick auf 30 erfolgreiche Jahre. Es hat gezeigt, wie wichtig offene Jugendarbeit für junge Menschen und für das Zusammenleben in unseren Stadtteilen ist – und dass sie keinesfalls durch Sparzwänge gefährdet werden darf.



Tom Fella, Leitung JUZ Hausen

„ICH KOMME MIT RESPEKT VOR DEM, WAS HIER GELEISTET WIRD“

🗨️ Das Interview mit Tobias Lauer führte: Herbert Stelz, Stellvertretender Vorsitzender des AWO-Präsidiums

Tobias Lauer, 47, Diplom-Sozialpädagoge, ist seit 1. September 2026 Nachfolger von Steffen Krollmann als Vorstand für den strategisch-operativen Bereich der AWO Frankfurt. Anders als bislang sind Lauer und Axel Dornis gleichberechtigt. Lauer war bisher Geschäftsführer der Regionalen Diakonie in Hessen und Nassau gGmbH, einer Organisation mit rund 1.560 Mitarbeitenden und ca. 5.000 Ehrenamtlichen.

Herr Lauer, bisher waren Sie weitgehend im evangelisch-kirchlich beeinflussten Raum tätig. Was treibt Sie, sich jetzt bei einer sozialdemokratisch-sozialistischen Institution zu verdingen?

Also ich renne nicht von der Kirche weg, das vorab. Aber ich bin durchaus auch durch mein Elternhaus sozialdemokratisch sozialisiert – auch wenn ich bewusst kein Parteimitglied war oder bin. Ich möchte in leitender Rolle eines Wohlfahrtsverbandes keinen Eindruck von Parteipolitik erwecken, sondern ich verstehe mich sozusagen als Sozialpolitiker.

Und ich bin da ein sehr, sehr politischer Mensch, in jedem Fall solidarisch geprägt. Und insofern ist mir da die AWO wirklich sehr nah. Was mich besonders interessiert, ist die Verbindung mit einem Mitgliederverband. Denn der Kern der AWO sind natürlich erstmal die Mitglieder. Diese Verbindung dann in eine sozialpolitische Prägung zu überführen und auch nach außen in so einer Stadt wie Frankfurt wirksam und hörbar zu werden, das ist etwas, was mich wirklich sehr interessiert.

Nun hat die AWO ja eine eindeutige soziale Botschaft. Ihr Vorgänger zum Beispiel hat sich hervorgetan bei Demos gegen rechts. Er ist mitmarschiert, mit Plakaten und Transparenten. Können Sie sich sowas auch für sich vorstellen?

Ja, selbstverständlich. Ich habe mich ja in meiner Vergangenheit auch auf der Straße für Themen engagiert. So waren wir beispielsweise mit Betroffenen in den Jahren 2004, 2005 auf der Straße, um

gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung, die Agenda 2010 zu demonstrieren, auch wenn das eine sozialdemokratische Reform war, die wir aber aus der sozialen Arbeit heraus nicht so positiv gesehen haben.

Da waren Sie noch jünger.

Da war ich noch etwas jünger, genau, 22 Jahre.

Hat sich da was geändert bei Ihnen?

Nein, in meinem Engagement hat sich da nichts Grundlegendes verändert. Wir waren jetzt in der



© Marc Fippel

Zur Person:

Tobias Lauer studierte nach dem Abitur zunächst Pädagogik an der TU Darmstadt, sodann Sozialpädagogik an der Fachhochschule Darmstadt, wo er mit dem Diplom und der Note 1,5 abschloss. Über mehrere Stationen in den Regionalen Diakonischen Werken Darmstadt-Dieburg und Bergstraße war er ab 2023 bis heute Geschäftsführer der Regionalen Diakonie Hessen und Nassau gGmbH.

Diakonie bezeichnet den sozialen Dienst der Evangelischen Kirche, einen der größten Wohlfahrtsverbände in Deutschland, früher „Innere Mission“ genannt. Diakonie kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Dienen“ und „Helfen“.

regionalen Diakonie auch beteiligt mit einem Wagen am Christopher Street Day in Frankfurt. Auch da engagiere ich mich und gehe auch mit auf die Straße, um für Vielfalt und Solidarität die Stimme zu erheben.

Sehr schön, dann können wir uns demnächst Herrn Lauer auch in einem AWO T-Shirt vorstellen.
Absolut. Absolut.

Noch mal, was reizt Sie an der AWO?
Also diese Verbindung eines Mitgliederverbandes mit sozialunternehmerischem Handeln. Das ist wirklich eine reizvolle Aufgabe. Die Mitgliedschaft erstmal als die eigentliche Grundlage dafür, dass es die AWO gibt. Das ist die Legitimation innerhalb der Gesellschaft. Und das zu verbinden mit professionellem sozialem Handeln. Dieser Doppelklang zwischen ehrenamtlichem, bürgerschaftlichem, professionellem und hauptamtlichem Engagement, das ist, glaube ich, in der AWO nochmal besonders in den Blick zu nehmen.

Ein Unterschied besteht ja zwischen einem sozialen Unternehmen und einem ganz normalen Unternehmen, das in klassisch kapitalistischer Manier auch danach streben muss, ein gutes finanzielles Ergebnis zu erzielen. Da gibt es ja Widersprüche. Wie wollen Sie das miteinander gestalten?
Naja, auch ein Sozialunternehmen kann auf Dauer nur existieren, wenn es schwarze Zahlen schreibt. Und dennoch ist im gemeinnützigen Bereich unser erstes Streben nun mal nicht das Gewinnstreben, sondern das nach gesellschaftlicher Solidarität. Also das steht vorne dran, aber das kann natürlich nur funktionieren, wenn es auch eine wirtschaftliche Stabilität gibt.

Was sind Ihre Prinzipien bei der Führung eines Unternehmens? Sind Sie mehr Chef oder mehr Kollege?
Ich würde sagen, mal so, mal so. Selbstverständlich ist es so, dass man eine Organisation mit 1.200 Mitarbeitenden nur als Kollege nicht führen kann. Manchmal geht es darum, auch mal Chef zu sein, auch wenn es unangenehm wird. Und dafür auch gerade zu stehen und gegebenenfalls auch mal den Kopf hinzuhalten, das gehört dazu.

Und gleichzeitig verstehe ich mich natürlich auch als Kollege, indem wir gemeinsam Ziele erarbeiten, gemeinsam auch unsere Arbeit bewerten. Also im Prinzip eine kollegiale Zielerarbeitung. Doch im

Zweifel muss man auch da mal sagen, da und da geht es lang.

Welche Bedeutung hat für Sie der Betriebsrat?
Oh, so ganz neu ist es natürlich nicht für mich. Aber die Kirche hat nun mal ein etwas anderes Arbeitsrecht und statt eines Betriebsrates eine Mitarbeitendenvertretung. Gewerkschaften sitzen in der Regel nicht mit am Tisch. Das wird für mich ganz spannend mit einem Betriebsrat, der nochmal andere Kompetenzen hat mit dem ganzen Background von Gewerkschaften und ein anderes Selbstverständnis mitbringt als meine bisherige Mitarbeitervertretung.

Aber ich freue mich darauf. Ich würde einen Betriebsrat gerade in einem gemeinnützigen Bereich, wo ja unser einziges Kapital die Mitarbeitenden sind, als Sparringspartner im guten Miteinander begreifen wollen. Denn dem Betriebsrat geht es genauso wie dem Präsidium und dem Vorstand darum, die AWO zukunftsfähig und stabil aufgestellt zu haben und gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden zu haben.

Nun gibt es den schönen Satz, der verschiedenen Autoren zugeschrieben wird: „Wenn du willst, dass alles so bleibt, musst du alles verändern.“ Ist das ein Satz, dem Sie sich anschließen können?
Auch wenn es vielleicht nicht passt, würde ich die Jahreslosung der evangelischen Kirche vom letzten Jahr daneben stellen. Dort hieß es: „Prüft alles und behaltet das Gute.“ Also, Veränderung um der Ver-

änderung willen macht keinen Sinn. Wenn wir die Dinge gut erhalten wollen, ja, dann muss man sie in Teilen verändern.

Für mich geht es zunächst bei der AWO darum, gut zuzuhören, was Mitarbeitende, was Mitglieder, was die Ortsvereine an Anliegen haben. Und das heißt nicht, dass man immer alles verändern muss, aber vielleicht einige Sachen verändern im Sinne von Weiterentwickeln.

Was möchten Sie denn in einem Jahr geschafft haben?
Es wird mir im ersten Schritt darum gehen, die AWO gut kennenzulernen. Und daraus dann gemeinsam mit dem Präsidium, dem Vorstandskollegen und anderen Führungskräften Strategien und Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Und ich glaube fast, wenn es uns gelingt, bis nächstes Jahr vor der Sommerpause da gute Strategien und Ziele erarbeitet zu haben, dass das schon ein Erfolg wäre.

Und besonders wichtig ist mir die Botschaft an die Mitarbeitenden, dass ich aus eigener Erfahrung weiß, wie anspruchsvoll soziale Arbeit ist. Gute Vorstandsarbeit muss Rahmenbedingungen schaffen, damit die soziale Arbeit fachlich gut, verlässlich und mit Haltung möglich bleibt. Ich komme mit Respekt vor dem, was hier geleistet wird, und mit dem Wunsch, zuzuhören, zu verstehen und gemeinsam weiterzuentwickeln.“

Vielen Dank für das Gespräch.

AUFGABENGEBIETE DES VORSTANDS
AWO KREISVERBAND FRANKFURT AM MAIN E. V.

TOBIAS LAUER, VORSTAND

Strategisch-operativer Bereich

- Ambulanter Dienst
- Jugend
- Kita
- Soziale Dienste
- Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen
- Verbandsreferat und Ehrenamt

Stabsstellen:

- Leitung Vorstandsstab
- Sekretariat

AXEL DORNIS, VORSTAND

Kaufmännischer Bereich

- Personal
- Finanz- und Rechnungswesen
- Immobilienmanagement
- Einkauf und interne Services
- ITK-Infrastruktur
- Marketing/Kommunikation/Fundraising

Stabsstellen:

- Organisationsentwicklung/Qualitätsmanagement
- Strategisches Finanzmanagement/Controlling

791 SCHULRANZEN FÜR EINEN GELUNGENEN SCHULSTART

„MEIN ERSTER SCHULRANZEN“ 2026: GEMEINSAM ZUKUNFT GESCHENKT

👁️ Dirk Barth, Fundraising

Ein neuer Schulranzen bedeutet für viele Kinder weit mehr als nur eine Tasche für Hefte und Bücher – er steht für Vorfreude, Selbstbewusstsein und einen gelungenen Start in einen neuen Lebensabschnitt. Doch für zahlreiche Familien in Frankfurt stellt ein hochwertiger Schulranzen auch in diesem Jahr eine erhebliche finanzielle Belastung dar.

Mit der Aktion „Mein erster Schulranzen“ sorgte die AWO Frankfurt auch in diesem Jahr dafür, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien mit den gleichen Chancen wie ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ins Schulleben starten konnten. Dank der großen Unterstützung zahlreicher Spenderinnen und Spender, Stiftungen, Unternehmen sowie des Engagements der ehrenamtlichen AWO-Ortsvereine konnten 791 Kinder mit einem neuen, ergonomischen Schulranzen ausgestattet werden.

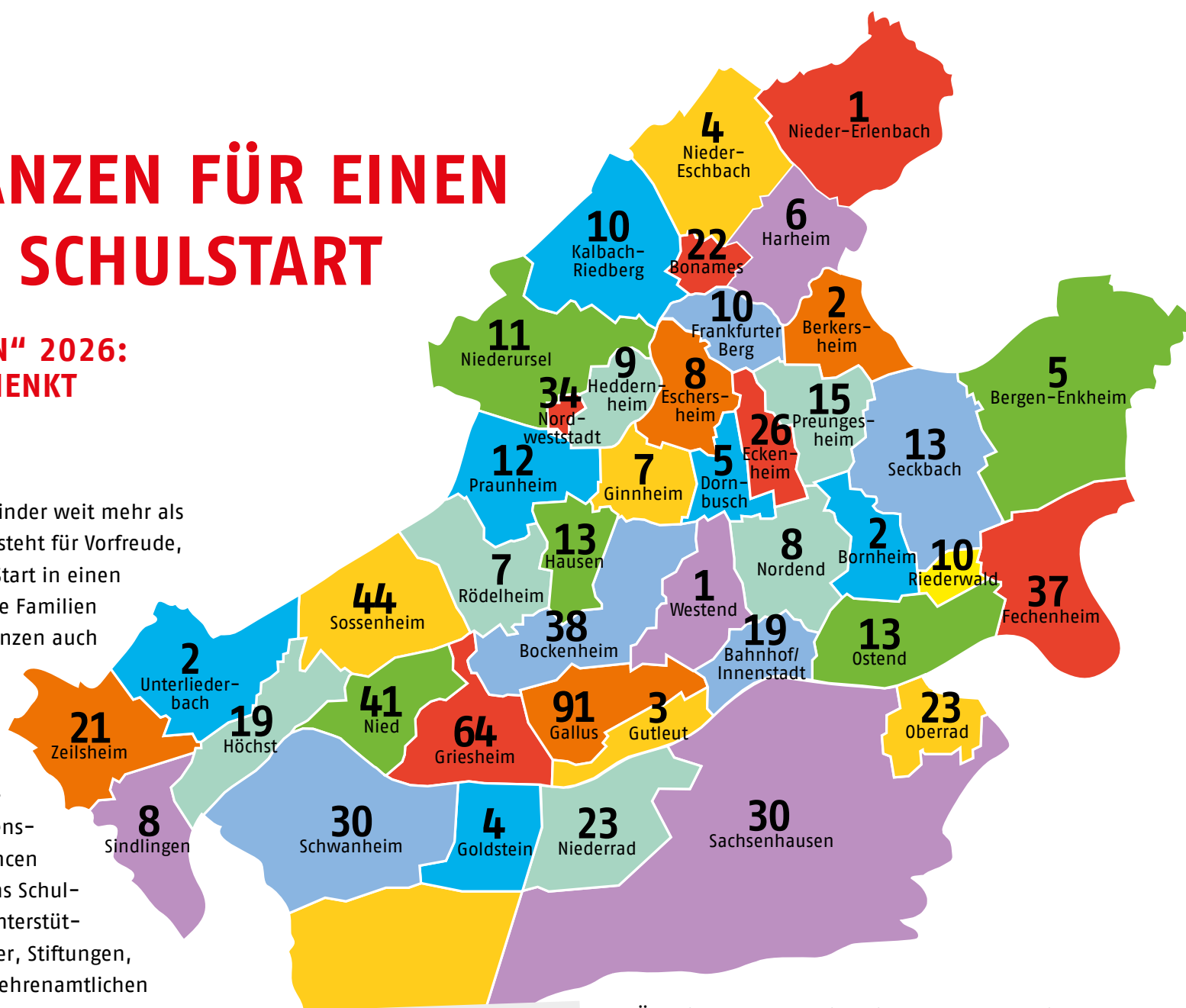
Die Schulranzen wurden – passend zu den Wünschen der Kinder – mit Mäppchen, Turnbeutel und weiterem Schulmaterial zusammengestellt und anschließend über die AWO-Ortsvereine sowie einen zentralen Ausgabetag an die Familien verteilt. Dabei stand stets im Mittelpunkt, die Würde der Familien zu wahren und den Kindern einen unbeschwerten Schulstart zu ermöglichen.

UNVERZICHTBAR: HILFE DER AWO ORTSVEREINE

Die Aktion zeigte erneut, was gemeinschaftliches Engagement bewirken kann. Zahlreiche Ehrenamtliche der AWO Ortsvereine unterstützten die Organisation und Verteilung der Schulranzen in den Frankfurter Stadtteilen. Ohne ihren Einsatz wäre die wohl größte Schulranzenaktion Hessens nicht möglich gewesen.

Die AWO Frankfurt dankt allen Spenderinnen und Spendern, den beteiligten Stiftungen und Unternehmen sowie den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern herzlich für ihre Unterstützung. Gemeinsam trugen sie dazu bei, dass 791 Frankfurter Erstklässlerinnen und Erstklässler mit Freude und Zuversicht ihren ersten Schultag beginnen konnten.

Und nach dem Schulranzen ist vor dem Schulranzen: Schon jetzt erbitten wir herzlich Ihre Spende für das kommende Schuljahr wenn es wieder heißt „Mein erster Schulranzen“.



Übersicht der Stadtteile mit Anzahl der verteilten Schulranzen: Die Stadtteile mit dem höchsten Ranzen-Bedarf waren Gallus (91), Griesheim (64) und Sossenheim (44).



Wir danken KITA Frankfurt für die Zustimmung zur Veröffentlichung der Fotos aus einer Kita der Stadt Frankfurt.

SPENDEN PER ÜBERWEISUNG

Empfänger: AWO Kreisverband Frankfurt e. V.
IBAN: DE38 5005 0201 0000 0262 29
BIC: HELADEF1822
Verwendungszweck: Schulranzen 2027

BARBARA SCHWARZ

OV BERGEN-ENKHEIM

✉ Lisa Schmidt, Verbandsreferentin



Eine langjährige Weggefährtin hat uns verlassen. In unseren Herzen hat Sie einen festen Platz. Im Folgenden möchten wir uns an eine Mitstreiterin erinnern, welche mit ihrem herausragenden Engagement und ihrer offenen Art Menschen inspirierte: Barbara Schwarz.

»Das schönste Denkmal, das ein Mensch bekommen kann, steht in den Herzen seiner Mitmenschen.«

Albert Schweitzer

Ob im Karnevalsverein Enkheim, als Gruppenleiterin bei Ferienfreizeiten oder im Jugendhaus auf dem Berger Marktplatz – Barbara setzte sich bereits früh für die Belange anderer Menschen ein. Als Sozialbezirksvorsteherin hatte sie für die Bergen-Enkheimer*innen immer ein offenes Ohr. Hierbei spielten Eigenschaften wie Alter, Geschlecht oder Herkunft keine Rolle. So übernahm sie Verantwortung, zeigte sich solidarisch und kämpfte somit im Kleinen wie im Großen für Gerechtigkeit. Sie hat die Lebensrealität vieler Menschen im Positiven mitgestaltet.

Mit ihrem Tatendrang hat sie nicht nur die angespannte Betreuungsplatzsituation in Bergen-Enkheim verbessern können, sondern trug auch wesentlich dazu bei, dass die AWO Frankfurt heute 21 Einrichtungen zur Kinderbetreuung im ganzen Stadtgebiet betreiben darf. Doch gerade ihr Engagement innerhalb unseres Verbandes war beispiellos.

Als Kind einer Familie mit langer AWO-Tradition ist sie bereits im Jahr 1990 in die Arbeiterwohlfahrt eingetreten. Doch ein stilles Mitglied war sie bei weitem nicht. Zunächst hat sie sich zwei Jahre lang als Beisitzerin – ab 1994 dann auch als Vorsitzende im Ortsverein Bergen-Enkheim und zugleich mit ihren

41 Jahren als jüngste Ortsvereinsvorsitzende in Frankfurt – in die ehrenamtliche Arbeit eingebracht.

Das Engagement für Kinder und Jugendliche in Bergen-Enkheim – aber auch in ganz Frankfurt – war für sie eine Herzenssache. Auch die Themen der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit lagen ihr sehr am Herzen. Wo andere verhalten zusahen hat Barbara die Ärmel hochgekrempelt und die Welt verändert.

Als Initiatorin sowie treibende Kraft des Projekts „Mein erster Schulranzen“ versuchte sie sicherzustellen, dass möglichst viele Kinder – unabhängig der sozialen Herkunft – am ersten Schultag stolz mit einem schönen und vor allem ergonomisch passenden Schulranzen zur Schule gehen konnte.

Für Barbara war Solidarität nicht nur eine leere Worthülse – für sie war Solidarität der Ausgangspunkt jeglichen Handelns. Unabhängig von ihrer eigenen Situation hat Barbara unermüdlich für Gerechtigkeit gekämpft.

Daher wurde Barbara am 17. Juni 2026 für ihr herausragendes Engagement mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet, der ihr von Oberbürgermeister Mike Josef überreicht wurde.

»Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von Barbara Schwarz, einer verdienstvollen Bürgerin unserer Stadt Frankfurt am Main. Über viele Jahrzehnte hat sie sich mit außergewöhnlichem ehrenamtlichem Engagement für unsere Stadt eingesetzt – darunter bei der AWO Frankfurt, im Ortsbeirat, im Jugendhausverein und im Karnevalsverein. Besonders am Herzen lag ihr die Aktion „Mein erster Schulranzen“, die sie als Initiatorin unter dem Dach der AWO Frankfurt maßgeblich prägte. Die genannten Stationen stehen beispielhaft für ihr herausragendes Wirken, das vielfach ausgezeichnet wurde. Es war mir eine besondere Freude, ihr im Juni dieses Jahres den Ehrenbrief des Landes Hessen persönlich zu überreichen. Ihr Engagement bleibt ein eindrucksvolles Beispiel für gelebtes bürgerschaftliches Engagement. Ihrer Familie wünsche ich viel Kraft und Zuversicht in dieser schweren Zeit.«

Mike Josef, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Barbaras Einsatz für soziale Gerechtigkeit wird für uns immer ein Vorbild sein. Sie wird uns fehlen.



AWO EHRT FRAUENPOWER

EINZIGARTIGE GEDENKPLATTE VEREINT GRÜNDERIN UND IHRE BIOGRAFIN

✎ Persönlicher Bericht von Dieter Eckhardt

Im Rahmen einer Führung zu den Gräbern bedeutender Frankfurter Frauen fand am 19. April 2026 auf dem Frankfurter Hauptfriedhof eine außergewöhnliche Gedenkveranstaltung statt. Mittels einer von mir initiierten, neu gesetzten Grabplatte wurden zwei unmittelbar benachbarte Gräber zur gemeinsamen Erinnerung miteinander verbunden.

Es handelt sich um die Gräber von Meta Quarck-Hammerschlag (Gewann E, Nr.743), der ersten Frau im Frankfurter Magistrat (1919) sowie Mitgründerin der Arbeiterwohlfahrt nach dem 1. Weltkrieg, und von Hanna Eckhardt (Gewann E, Nr.742), ihrer ersten und bislang einzigen Biographin – auf deren Grab sich die Gedenkplatte befindet.

„ICH BIN RADICAL BIS AUF DIE KNOCHEN“

Zehn Jahre ist es jetzt her, dass diese Biographie unter dem Titel „Ich bin radical bis auf die Knochen“ erschien und im Ratskeller des Frankfurter Römers der Öffentlichkeit in Anwesenheit des damaligen Oberbürgermeisters vorgestellt wurde.

Sie war das Ergebnis jahrelanger Forschungen Hanna Eckhardts als Stadtteilhistorikerin der Polytechnischen Gesellschaft und Mitglied der Geschichtswerkstatt der Frankfurter Arbeiterwohlfahrt. Hier fand sie Unterstützung für ihr ureigenes Projekt der „Spurensuche nach zu Unrecht vergessenen Frauen“; ich habe sie hierbei gerne begleitet und unterstützt.

Wir waren beide fasziniert von der kantigen Persönlichkeit Metas, der ideenreichen Frauenrechtlerin, umtriebigen Sozialpolitikerin und Künstler-Freundin,

die trotz ihrer bürgerlichen Herkunft 1911 in die SPD eintrat. Sie war maßgeblich an der Durchsetzung des Frauenwahlrechts beteiligt.

Die Biographie erschließt den Leser*innen die spannende Lebensgeschichte einer Frau, die in außerordentlicher Weise die gesellschaftlichen Strömungen ihrer Zeit aufgegriffen und für Frankfurt am Main und das demokratische und soziale Deutschland wirksam gemacht hat. Dabei dokumentiert das Buch die Aktualität ihrer wegweisenden Sozial-, Frauen- und Bildungspolitik.

NIE WIEDER – DAS IST JETZT!

„Nie wieder. Das ist jetzt!“, so lautete die Maxime für Hannas Erinnerungsarbeit. Hierfür initiierte sie u.a. 30 Stolpersteine, darunter für den berühmten Arbeitsrechtler und Mitverfasser der Weimarer Verfassung Hugo Sinzheimer und die Journalistin Martha Wertheimer, mit der sie sich jahrzehntelang beschäftigte und schließlich erreicht hat, dass mitten in Sachsenhausen ein Platz deren Namen trägt. Martha Wertheimer und Meta Quarck-Hammerschlag kannten sich aus dem gemeinsamen erfolgreichen Kampf der Frauenbewegung um das allgemeine, gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter.

Es ist mir wichtig, die besondere Beziehung zwischen Meta Quarck-Hammerschlag, der Pionierin in der Frauen- und Arbeiterbewegung, und meiner im Januar 2024 verstorbenen Frau über den Tod hinaus durch öffentliche Erinnerung an einem würdigen Ort Frankfurts zu pflegen. Wir verdanken Hanna schließlich auch, dass wir heute an diesem Grab stehen können.



© Institut für Stadtgeschichte

Auf ihre Initiative hin rettete die Frankfurter AWO durch eine Patenschaft das Grab Meta Quarck-Hammerschlags vor der Einebnung. In diesem Grab liegen insgesamt neun Personen aus ihrer Familie und dem politischen Umfeld begraben, darunter ihr zweiter Mann Max Quarck, erstes SPD-Mitglied in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, Reichstagsabgeordneter und schließlich einer der Väter der Weimarer Verfassung.

Das Meta und Max Quarck-Haus im Röderbergweg 96 erinnert bis heute an die lebenslange Arbeitsgemeinschaft des Ehepaares, hier befand sich die gemeinsame Bibliothek, die erste Geschäftsstelle der AWO und über lange Jahre die Geschichtswerkstatt des Kreisverbandes.

MITMACHEN IN DER AWO GESCHICHTSWERKSTATT

Ein interessantes Ehrenamt erwartet Sie: In einem Team können Sie die historische Sammlung von Dokumenten und Büchern zur AWO archivieren und sie der Öffentlichkeit und Forschung zugänglich machen.

Kontakt

Geschichtswerkstatt der AWO
Kriegkstraße 12
60326 Frankfurt am Main

Henning Hoffmann
T 0155 63 03 21 96
E henning.hoffmann@gmx.de

Dieter Eckhardt
T 069 17 34 24
E dieter-eckhardt@web.de



© Axel Hess



Hanna Eckhardt († 2024),
Stadtteilhistorikerin
und Mitglied der
AWO Geschichtswerkstatt

Bei Interesse an dem Buch wenden Sie sich bitte an die AWO Geschichtswerkstatt (siehe Kontakt rechts).